



Offizielles Organ des Central-Verbandes Deutscher Brauer.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1.50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal. Inserate die fünfgehaltene Petitzeile 20 Pfg. — Redaktion: Richard Wiehle, Linden-Gannover, Nieschlagstraße 23. Sämtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wiehle, Linden-Gannover, Nieschlagstraße 23. Postzeitungsliste: Nr. 1526 a.

Nr. 49. Hannover, den 3. Dezember 1892. 2. Jahrgang.

Die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu den Beschlüssen des Halberstädter Kongresses.

(Aus dem „Sozialpolitischen Zentralblatt.“) Der Ausbau der deutschen Gewerkschaftsorganisationen, entsprechend den Beschlüssen des Halberstädter Gewerkschaftskongresses, wird nur langsam vorwärts gehen, auch wird sich der Erfolg, der aus den zwischen den einzelnen Organisationen getroffenen Vereinbarungen entspringen muß, nicht in kurzer Frist bemerkbar machen. Die erstere Thatsache ergibt sich aus dem Umstand, daß es sich bei der Durchführung dieser Beschlüsse darum handelt, ein durchaus neues Gebiet zu betreten, und daher eine genaue Erwägung und Untersuchung der eintretenden Folgen erforderlich ist, ehe feste Vereinbarungen getroffen werden können. Ferner kommt hier noch in Betracht, daß die Centralorganisationen nicht ohne Weiteres den Beschlüssen Folge geben können, sondern es ist erforderlich, ehe dieses geschehen kann, erst die Kongresse oder Generalversammlungen der einzelnen Berufsorganisationen abzuwarten. Der Nutzen, welcher den Organisationen aus der näheren Verbindung mit denen gleichartiger Berufe entspringen wird, kann sich in nächster Zeit um so weniger bemerkbar machen, weil er erst in einer besseren Geschäftsconjunctur zu Tage treten kann.

Unter den jetzigen Verhältnissen müssen die Organisationen nur bemüht sein, den bisherigen Bestand der Mitglieder sich zu erhalten und dasjenige, was in günstigeren Geschäftsperioden an Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen worden ist, nicht wieder verloren gehen zu lassen. Darum eignet sich aber die gegenwärtige Zeit ganz besonders dazu, die Frage der Reorganisation der Gewerkschaften zu diskutieren und diese selbst vorzunehmen. Und thatsächlich wird seit dem Halberstädter Kongreß diese Frage in den Versammlungen und Sachzeitungen recht eifrig besprochen und sind auch theilweise schon Versuche gemacht worden, an Stelle der theoretischen Erörterung die praktische Durchführung einzelner Theile der bekannten Resolution des Halberstädter Kongresses zu setzen. Im Allgemeinen findet der vom Kongreß gemachte Vorschlag der Kartellirung der Organisation Zustimmung. Nur die Vertreter der Lokalorganisationen mit Vertrauensmännersystem fahren fort, sich gegen die Kongreßbeschlüsse, wie auch gegen die Zentralverbände selbst zu wenden. Da aber, wie die Statistik nachweist, die Zahl der Anhänger dieser Organisationsform nur verhältnißmäßig gering ist, so kann diese Meinungsäußerung auf die Entwicklung der geplanten Verbindung der Organisationen nur von geringer Bedeutung sein. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird eine günstige Geschäftsconjunctur mit ihren unvermeidlichen Kämpfen zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen diesem Streit ein Ende machen, weil dann die Lokalvereine genöthigt sein werden, sich den Zentralorganisationen anzuschließen. Bedauerlich ist nun, daß die Kampfesweise einzelner Vertreter der Lokalorganisationen bei dieser Formfrage einen Charakter annimmt, der bei den mit den Verhältnissen wenig Vertrauten die Meinung auskommen lassen muß, es bestände zwischen diesen beiden Organisationsformen eine unüberbrückbare Kluft. Dem ist jedoch nicht so. Die Macht der Verhältnisse wird diesem sehr künstlich heraufbeschworenen Streit ein für die Gewerkschaftsbewegung günstiges Ende bereiten.

Mit Ausnahme der Malerorganisation und der der Textilarbeiter erkennen alle Zentralorganisationen, soweit sie dieser Frage Stellung genommen haben, die Nothwendigkeit der Durchführung der Halberstädter Kongreßbeschlüsse und besonders den auf die Generalversammlung

bezüglichen, an. Die Organisation der Maler konnte sich auf dem im Frühjahr dieses Jahres stattgehabten Kongreß über die Theilnahme an der geplanten Gesamtorganisation der Gewerkschaften nicht einigen und war in Folge dessen diese Organisation auf dem Kongreß in Halberstadt nicht vertreten. Nur einzelne Zweigvereine der Organisation hatten eine Vertretung durchgeführt. Eine spätere Erklärung des Vorstandes der Malerorganisation ging dahin, daß der Verband sich mit Rücksicht auf die Beschlüsse seiner Generalversammlung der Generalkommission gegenüber passiv verhalten müsse, im Besonderen aber keine Beiträge an diese bezahlen könne. Der Vorstand des Verbandes der Textilarbeiter unterbreitete in den letzten Tagen den Mitgliedern einen Antrag zur Abstimmung, der dahin geht, daß die Organisation sich von der Generalkommission lösen solle, weil sie die erforderlichen Beiträge theils nicht zu leisten vermag, andererseits aber diese Geldmittel für die Agitation unter den eigenen Berufsgeossen besser verwenden könne. Dieser Antrag scheint bei den Mitgliedern des Verbandes aber wenig Sympathie zu finden, da von einzelnen Zweigvereinen schon Stellung dagegen genommen worden ist. Die anderen Zentralorganisationen halten jedoch an den Beschlüssen des Kongresses fest, und es läßt sich daher erwarten, daß diese zur Durchführung gelangen.

Der Kongreß erklärte in der bekannten Resolution, daß zunächst zwischen den verwandten Berufsorganisationen Kartellverträge zu schließen sind. Wo die Verhältnisse es angezeigt erscheinen lassen, sollen sich aus diesen Kartellverträgen Industrieverbände bilden und es soll eine Union der verwandten Berufsorganisationen geschaffen werden.

Darüber, ob schon vor dem Abschluß der Kartellverträge die Gründung eines Industrieverbandes in einzelnen Berufsgeossenschaften erfolgen soll, wurde und wird noch eifrig diskutiert. Besonders in der Organisation der Schneider und der Schuhmacher wurde diese Frage in eingehender Weise erwoogen. Nach dem Gang der Diskussion läßt sich jedoch erwarten, daß die Kongresse dieser Berufe sich nicht für die Bildung eines Industrieverbandes erklären werden. Dagegen haben die Organisationen der Hafen- und der Werftarbeiter sich zu einem Verband vereinigt, in welchem alle am Schiffbau und in der Schifffahrt beschäftigten Personen Aufnahme finden können.

Für die Verbindung der Organisationen durch Kartellverträge sind von den verschiedenen Seiten Vorschläge und Entwürfe gemacht worden. Von der Generalkommission wurde ein Entwurf ausgearbeitet und veröffentlicht, der alle die Punkte, auf welche sich die Kartellverträge beziehen sollen, eingehend erläuterte. Nach diesem Vorschlag sollen die Organisationen, die zu einem Kartell gehören, sich bei Streiks, an denen mehr als 1 Prozent der Mitgliederzahl theilhaftig sind, durch Gewährung von Baarmitteln als Darlehn oder Geschenken gegenseitig unterstützen. Außerdem soll für das Kartell ein fester Streikfonds geschaffen werden, zu dem jedes Mitglied pro Woche 5 Pfg. zahl. Aus diesem Fonds wird, sobald er die Höhe erreicht hat, daß für jedes Mitglied der Kartellorganisationen 1 Mk. vorhanden ist, an die im Ausstand befindliche Organisation für jeden Streikenden ein Zuschuß von 5 Mk. pro Woche gezahlt. Ferner ist aus diesem Entwurf noch hervorzuheben, daß für alle Organisationen ein gemeinsames Fachorgan geschaffen werden soll. Die Agitation ist gemeinschaftlich zu betreiben und Reueunterstützung in allen Zweigvereinen an alle Mitglieder der zum Kartell gehörenden Organisationen zu zahlen. Die verausgabten Gelder sind zwischen den einzelnen Organisationen zu verrechnen. Die Statistik ist in

den einzelnen Berufsorganisationen aufzunehmen und zusammenzustellen und dann von der Kartellleitung zu bearbeiten. Die Leitung des Kartells übernimmt der Vorstand einer Organisation, doch werdem ihm Vertrauensmänner der anderen Berufsorganisationen zur Seite gestellt. Diefem Entwurf folgen zwei ähnliche, aber kürzer gehaltene von dem Vorstande der Buchbinderorganisation und des Tischlerverbandes. Der letztere Vorstand veröffentlichte auch gleichzeitig einen Entwurf eines Statutes für einen Holzarbeiterverband und stellte beides den Vorständen der Holzarbeiterorganisationen zur Verfügung, um von dieser Seite etwaige Abänderungsvorschläge machen zu lassen. Ein im Frühjahr 1893 abzuhaltender Holzarbeiterkongreß soll dann den Entscheid über die Gestaltung der Organisation treffen. Auch von dem Vorstand des Müllerverbandes ist der Vorschlag gemacht, daß die Organisationen in der Nahrungsmittelindustrie im nächsten Jahre einen gemeinschaftlichen Kongreß abhalten und hier die Einzelorganisationen auflösen sollen, um sie zu einem gemeinsamen Verbands zu verschmelzen. Alle diese Vorschläge werden von den Kongressen und Generalversammlungen geprüft und entschieden werden.

(Schluß folgt.)

Zur Bewegung in Stuttgart.

Da die Vorgänge, welche sich seit einiger Zeit innerhalb des Braugewerbes in Stuttgart und Umgebung abgespielt und schließlich zur Verhängung eines Boykotts im Interesse der Braugehilfen geführt haben, in weiteren Kreisen nur ziemlich ungenügend bekannt sein dürften, so erscheint es zweckmäßig, zu allgemeinerer Orientirung ein einheitliches Bild von diesen Vorgängen zu geben, um speziell auch den Angehörigen der Arbeiterklasse zu zeigen, aus welchen Gründen sich schließlich die Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts bewegen fühlten, handelnd einzugreifen und zu Gunsten der in Frage kommenden Braugehilfena n das Solidaritätsgefühl der stuttgarter Arbeiterschaft zu appelliren. — Vor einigen Monaten war ein großer Theil der dort in Arbeit stehenden Brauer zu der Einsicht gelangt, daß es auch für sie zur nothwendigen Pflicht geworden sei, der allgemeinen gewerkschaftlichen Bewegung nicht länger gleichgiltig gegenüberzustehen, und wurde deshalb zur Gründung einer sachgewerblichen Organisation geschritten, welche als Braugehilfsverein eine Mitgliedschaft des allgemeinen zentralisirten Brauerverbandes bilden sollte. Zwar besaßen die Braugehilfen schon seit längerer Zeit an dem hier bestehenden Brauerverein eine gewisse organische Vereinigung ihrer Berufsgeossen, welche über ein ziemlich beträchtliches Vereinsvermögen verfügte. Doch diente diese Vereinigung in der Hauptsache nur gewissen Vergnügungszwecken und stand — was vor allen Dingen in Betracht kommt — durchaus unter dem Einfluß und der Botmäßigkeit der fraglichen Prinzipalität. Auch rekrutirten sich die Mitglieder des „Brauervereins“ nicht bloß aus den hier im Braugewerbe beschäftigten Arbeitnehmern, sie bestanden vielleicht zum Theil auch aus Wirthen, welche früher Brauer gewesen waren, sowie aus Brauereibesitzern selbst. So fungirte beispielsweise als Kassirer und Verwalter des Vereinsvermögens der Direktor einer Aktiendrauerei, ein Umstand, welcher sich neuerdings sehr unangenehm fühlbar machen sollte. Kurz und gut, dieser Brauerverein hatte keineswegs den Charakter einer Arbeiterorganisation im eigentlichen Sinne des Wortes, weshalb denn auch schließlich ein großer Theil jener Vereinsmitglieder, welche dem Gehilfenstande angehörten und es als nothwendig empfunden hatten, eine richtige sachge-

werbliche Organisation zu schaffen, bemüht waren, an Stelle dieser seitherigen Vereinigung in Gestalt des schon erwähnten Braugehilfsvereins einen geeigneteren organisirten Mittelpunkt für ihre Fachgenossen ins Leben treten zu lassen, welcher eine Mitgliedschaft des Zentralverbandes der Braugehilfen bilden und in solcher Weise auch den am hiesigen Plage in Arbeit stehenden Brauereigenossen Gelegenheit geben sollte, sich der Gesamtheit der organisirten Arbeiterschaft anzuschließen. Diese neugeschaffene Organisation, welcher sofort ein großer Theil der hier beschäftigten Braugehilfen beigetreten war, hatte natürlich in Wäde auch die Aufmerksamkeit der Arbeitgeber, der Brauereibesitzer und Aktienbrauerei-Direktoren auf sich gelenkt, welche diese Entwicklung der Dinge keineswegs sympathisch begrüßten. Von dem Bewußtsein getragen, daß eine solche Organisation den betreffenden Arbeitern eine nachhaltige Stütze gewährt und ein größeres Maß von Widerstandsfähigkeit verleiht, brachte ein Theil dieser Arbeitgeber dem jungen Verein vom ersten Anfang an den größten Widerwillen entgegen und suchte die im eigenen Dienste stehende Gehilfschaft möglichst vom Beitritt zum Verein abzuhalten, respektive durch mehr oder minder versteckte Drohungen davon abzuerschrecken, allerdings nur mit theilweisem Erfolge, da sich trotzdem, wie schon bemerkt, ein beträchtlicher Theil der Gehilfen nicht abhalten ließ, dieser fachgewerblichen Organisation beizutreten. Eine gemeinsame Aktion der Brauereibesitzer gegen die letztere war zunächst noch ausgeschlossen, da sich die einzelnen Besitzer selbst bisher feindlich gegenüberstanden und im grimmigsten Konkurrenzstamme befehdet hatten, welcher Zwiespalt natürlich einer gegenseitigen Verständigung noch hindernd im Wege stand. Dementsprechend suchte anfänglich der einzelne Arbeitgeber auf eigene Faust der Weiterentwicklung jener Arbeiterorganisation hindernd in den Weg zu treten, und bald folgten verschiedene Gehilfen, welche sich an den seitherigen Vereinsversammlungen betheiligten, respektive der Organisation angeschlossen hatten, die Unzufriedenheit ihrer Prinzipale hierüber in dieser oder jener Form zu kosten bekommen. Bald aber sollte sich die Situation noch ernster gestalten, und zwar gab den ersten Anstoß hierzu die Direktion der Aktienbrauerei zum „Englischen Garten“. Dieselbe glaubte jedenfalls ihr Personal dadurch am ehesten vom Eintritt in den Gehilfsverein abhalten zu können, daß sie durch einige Maßregelungen ein abschreckendes Exempel statuirt, und so wurden Anfangs Oktober mehrere dortige Gehilfen wegen ihrer Betheiligung an der Brauerbewegung kurzer Hand entlassen. Diese Maßregelung konnte natürlich nicht unbeachtet gelassen werden. Man mußte sich sagen, daß ähnliche Maßnahmen gegen Mitglieder der Gehilfsorganisation da oder dort sich wiederholen könnten, daß dadurch die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ernstlich in Frage gestellt werde, und daß eine Wiederholung derartiger Vorgänge den Untergang der jungen Organisation zur Folge haben müßte, wenn jeder Angehörige derselben vor die ständige Eventualität einer Maßregelung gestellt sei. Es wurde somit diese Angelegenheit innerhalb des Gehilfsvereins in ernste Erwägung gezogen, wobei man es schließlich auch für notwendig erachtete, bezüglich der zu unternehmenden Schritte den Rath und Beistand der hiesigen Gewerkschaften zu erbitten. Die letzteren, beziehungsweise die Gewerkschaftskommission glaubte denn auch, mit Rücksicht auf das Solidaritätsprinzip, dem Braugehilfsverein nach besten Kräften an die Hand gehen zu sollen. Die diesbezüglichen gemeinschaftlichen Beratungen führten zu dem Entschlusse, bei den Brauereibesitzern vorstellig zu werden. Zugleich erachtete man es für zweckmäßig, bei dieser Gelegenheit auch noch einige anderweitige längst gehegte Forderungen und Wünsche bei der Prinzipalität zum Ausdruck zu bringen. Es wurde dementsprechend unter dem 8. Oktober den Brauereibesitzern eine von den Vertretern des „Brauer-

gehilfsvereins“ und der „Vereinigten Gewerkschaften“ ausgehende Resolution übersendet, worin gefordert wurde, daß die fraglichen, in letzter Zeit entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden, und weiterhin, daß seitens der Brauereibesitzer eine genaue Normirung der Arbeitszeit vorgenommen werde (in vielen Brauereien war eigentlich seither die tägliche Arbeitszeit an gar keine bestimmten Grenzen gebunden), und zwar in der Richtung, daß die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werde.

Dieses direkte Vorgehen seitens der Arbeitnehmer hatte zur Folge, daß man sich nunmehr auch auf der entgegen-gesetzten Seite der Gemeinschaftlichkeit der Interessen mehr als bisher bewußt wurde, daß die Brauereibesitzer alle seitherigen, durch den Konkurrenzkampf bedingten gegenseitigen Feindseligkeiten hinstanden, um in möglichst einmüthigem und geschlossenem Vorgehen dieser unabweislichen Bewegung innerhalb der Gehilfschaft die Spitze bieten zu können und womöglich die junge Organisation im Keime zu ersticken. Das nächste Resultat der von ihnen getroffenen Beratungen und Vereinbarungen bestand darin, daß man zu dem Entschlusse kam, zu der vorhin erwähnten Resolution in ablehnendem Sinne Stellung zu nehmen. Demzufolge ertheilte die von diesem neuen Bunde der Brauereibesitzer eingesetzte „Redaktionskommission“ dem Vorsitzenden der Vereinigten Gewerkschaften unter dem 11. Oktober die Antwort, daß man auf das Ansinnen bezüglich Wieder-einstellung sämtlicher in letzter Zeit entlassenen Arbeiter nicht eingehen könne. (Diese Forderung war übrigens gar nicht gestellt worden; vielmehr hatte es sich nur darum gehandelt, daß jene beiden gemäßregelten Arbeiter wieder aufgenommen werden sollten.) Dagegen — hieß es in der Antwort weiter — wollten die sämtlichen Brauereien ihren Gehilfen in der Weise entgegenkommen, daß sie vom 1. Januar 1893 ab den zehnstündigen-Arbeitszeit in ihren Betrieben einführen. Gegenseitige anständige Behandlung und Führung werde als selbstverständlich erachtet. — Mit dieser theils abschlägigen, theils nur eine ganz allgemein gehaltene Zulage gebenden Erklärung vermochte sich natürlich die Gegenseite keineswegs für befriedigt zu erachten. So wurde denn endlich, nachdem verschiedene mündliche Verhandlungen zu keinem Resultat geführt hatten, seitens der Gewerkschaftskommission Anfangs November ein Rund-schreiben an sämtliche Brauereibesitzer und Brauereidirektoren erlassen, in welchem bezüglich Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit eine genauere Normirung vorge-schlagen und gefordert wird, und ebenso die Bezahlung bestimmter Ueberzeit-Arbeiten (seither wurden die Gehilfen für die vielen ihnen auferlegten Ueberzeit-Arbeiten keineswegs besonders entschädigt) beansprucht wird. Außerdem wurden noch folgende Wünsche ausgesprochen: Einführung der 14 tägigen Lohnzahlung; anständigerer Behandlung, als seither vielfach seitens der Vorgesetzten üblich gewesen; völlige Freiheit der Gehilfen in Bezug auf die Entnahme ihrer Kost; vollständig freies Koalitionsrecht. — Gerade auf letzteren Punkt mußte ein wesentlicher Nachdruck gelegt werden, indem, wie gesagt, von einzelnen Arbeitgebern in brutaler Weise gegen Mitglieder der Organisation vorge-gangen worden war. Es wurde deshalb in jenem Rund-schreiben der Gewerkschaftskommission betont, daß die Sache der Brauerbewegung eine Wendung genommen habe, welche mit dem den Gewerkschaften zu Grunde liegenden Prinzip (die Wahrung der Interessen aller Arbeiter, insbesondere aller Mitglieder der Fachvereine) so weit in Berührung komme, daß es die Gewerkschaften für ihre Pflicht erach-teten, die Sache der Brauer zu der ihrigen zu machen. Demgegenüber wurden die Inhaber der einzelnen Brauereien zur Beantwortung folgender zwei Fragen auf-gefordert:

1) Sind Sie gewillt, sich durch Unterschrift zu verpflichten, Ihrem jeweiligen Personal vollständig freizustellen,

ob und welcher Arbeiterorganisation sich dasselbe an-schließen will?

2) Sind Sie in der Lage und Willens, die Arbeitszeit den im Rundschreiben näher angegebenen Wünschen entsprechend in Ihrem Geschäft einzuführen?

Dieses Schreiben wurde den Inhabern der Brauereien unter dem 4. November zugestellt, indem zugleich bemerkt wurde, daß man bis 7. November eine Antwort erhoffe, da bis zu diesem Tage eventuell weitere Maßnahmen seitens der Gewerkschaften getroffen werden sollten. — Um aber Nichts unversucht zu lassen, und wenn irgend möglich, die Sache in friedlichem Ausgleich zu erledigen, zeigte sich die Gewerkschaftskommission eifrig bemüht, auch noch behufs einer Verständigung in mündliche Verhandlung mit den Brauereibesitzern zu treten. Es muß also den handelnden Persönlichkeiten, den Vertretern des Braugehilfsvereins und der Gewerkschaften, das Zeugniß gegeben werden, daß sie Alles thaten, was in ihren Kräften stand, um eine friedliche Beilegung der ganzen streitigen Angelegenheit zu bewirken. Auf der Gegenseite aber war man in einer so gewaltigen Ueberhöhung der eigenen, aus der Kapitalmacht und dem geschlossenen Bündniß resultirenden Kraft befangen, daß man nicht für notwendig erachtete, irgend welches Entgegenkommen zu zeigen. Demzufolge wurden alle Versuche zu einer mündlichen Verständigung schroff zurückgewiesen, ebenso die Abgesandten der Gewerkschaftskommission zu der fraglichen Zusammenkunft der Brauereibesitzer nicht einmal zugelassen. Das Resultat dieser Zusammenkunft aber bekam die Kommission am 9. November in folgendem Antwortschreiben zu hören:

„Auf Ihre Resolution vom 4. d. Mts. erwidert der Verein der Brauereien Stuttgarts und Umgebung, daß sich dessen Mitglieder heute einstimmig dahin geeinigt haben, auf ihren früheren Beschlüssen zu beharren und jede weitere Forderung abzulehnen.“

Dieses schroffe Verhalten der Brauereibesitzer, dieses grundsätzliche Zurückweisen jeder Verständigung mußte natürlich im entgegengesetzten Lager die größte Alteration hervorrufen. Dazu kam, daß verschiedene Anzeichen dafür sprachen, daß umfangreiche Maßregelungen gegen die Angehörigen der Gehilfsorganisation in Szene gesetzt werden sollten, daß also eine vollständige Sprengung derselben versucht werde. So glaubte man sich, abgesehen von weiteren diesbezüglichen Abmachungen, gegen alle kommenden Ereignisse hinlänglich gewappnet. — Die Gewerkschaftskommission dagegen mußte sich sagen, daß nunmehr ein Zurückweichen nicht mehr möglich, daß nunmehr ein energisches angriffsweises Vorgehen zu einem Gebote der Nothwendigkeit geworden sei. Die Kommission mußte zu der Ueberzeugung gelangen, daß ein nunmehriges Zurückweichen ihrerseits in einem Falle, wo das Koalitionsrecht der Arbeiter derart mißachtet wurde, dem Solidaritätsgefühl direkt Hohn sprechen würde. Daneben war als feststehend zu betrachten, daß ein nunmehriges Zurückweichen den Untergang der Gehilfsorganisation nach sich ziehen müsse, und dadurch die hiesigen Brauergehilfen wieder auf lange Zeit hinaus der allgemeinen Arbeiterbewegung entfremdet würden, indem sie dem auf sie ausgeübten Drucke keinen langen Widerstand entgegenzusetzen vermöchten. Und so wurde denn nach langen, reiflichen Erwägungen beschlossen, handelnd vorzugehen, um jene gerechten Forderungen im Interesse der Braugehilfen, nachdem sie auf dem Wege gültiger Vereinbarung nicht erreicht werden konnten, durch besondere Maßnahmen, an das Solidaritätsgefühl der gesammten Arbeiterschaft appellirend, zu erzwingen. Dabei war es insbesondere der Inhaber einer Brauerei, gegen den sich der Unwille der Gegenseite, die als notwendig erachteten Repressivmaßregeln der letzteren vor allen Dingen richten mußten. Es war dies der Inhaber der Ditt-lacker'schen Brauerei in Stuttgart. Derselbe hatte, abgesehen von

Ein Gesellschaftsretter.

Zeitgemäße Geschichte von H. Otto-Walker.

(Nachdruck verboten.)
„Sie erhalten von mir einen Monatsgehalt von 80 Thalern, 10 Thaler monatlich für Geschäftsaufwand und 20 Thaler für einen Schreiber, der im Bureau bleibt, wenn Sie aufs Land müssen. Den Schreiber suchen Sie sich selbst. Und sehen Sie, da kommt gerade die Post von F. nach L., und es ist besser, Sie kehren gleich mit ihr zurück. Nur keine Zeit verlieren! Hier gebe ich Ihnen 200 Thaler, damit Sie das Lokal mietzen und einrichten können; Firma, Schilder, Plakate, Annoncen kommen alle übermorgen, in drei Tagen kann das Geschäft ganz gut eingerichtet sein. Nur keine Zeit verlieren, wenn einmal Alles eingerichtet ist. He! Postillon, anhalten, es geht ein Passagier mit!“

So wurde Friedrich Sonntag wieder nach L. zurückgebracht. Und als er im Gasthose seine Koffer den weichen Betten übergab, janzte er auch, aber in anderer Stimmung: „Die Woche jängt gut an!“

VII.

Herr Obenaus war wie aus den Wolken gefallen, als er am Abend erfuhr, daß Friedrich Sonntag nicht, wie man erst allgemein gehört, aus dem Städtchen weggezogen, sondern noch anwesend sei und auch erklärt hätte, daß er hier jerner zu bleiben gedanke. Diese Nachricht verurjachte Herrn Obenaus abermals eine schlaflose Nacht.

Und seine Gedanken gingen so:
Wenn Friedrich Sonntag hier geblieben, so hatte er wohl auch irgend welche Aussicht, sich hier halten zu können, und dann war ihm, dem Herrn Obenaus, so wie so der Edelstein aus der Bürgerkrone genommen. Die Welt ist überhaupt undankbar, ja er hatte es schon bemerkt, daß die Bewunderung für ihn unerhört nachgelassen hatte. Warum sollte er sich allein dieser undankbaren Welt anopfern? Hätte man nicht eigentlich die Verpflichtung gehabt, ihm thätkräftig unter die Arme zu greifen? Dieß man ihn aber

nicht vielmehr in allen Nöthen mütterleckenallein sitzen? Würde nicht vielleicht gar schon Der oder Jener über seine „dumme“ Opferwilligkeit? Und wenn Friedrich Sonntag so wie so in L. verblieb, war denn dann mit seiner Opferwilligkeit überhaupt etwas erreicht worden?

Mit solchen Zweifeln und Bedenken wälzte sich Herr Obenaus so lange schlaflos auf seinem Lager, daß er erst spät, erst gegen die Stunde des Beginnens seiner gemeinnützigen Frühstückdebatten erwachte.

Mit einer gewissen Scheu betrat am selben Morgen Herr Obenaus sein verwaistes Bureau, stülpte einige Hefte um und erhob sich dann zu einem freien Entschlusse:

„Man mag sagen, was man will; wenn so wie so Friedrich Sonntag hier bleibt, dann ist er besser unter meiner Aufsicht, als anderswo. Ich werde ihm die monatliche Zulage als Schmerzensgeld anbieten, und vielleicht befehrt ihn meine Großmuth doch zu anderen Gedanken. Ich brauche ihn wirklich, zumal er sich besser auf meine Werthpapiere und auf den Courszettel überhaupt versteht. Jeder ist sich selbst der Nächste.“

Daraufhin zog sich Herr Obenaus an und schritt nach dem Gasthose, in welchem, wie er hörte, Friedrich Sonntag logirte.

Es war das zwar eine „unerhörte“ Nachgiebigkeit, aber die Umstände brachten es so mit sich.

VIII.

Im genannten Gasthose war nun Friedrich Sonntag nicht mehr anzutreffen, er war am selben Morgen in den nach dem Brande neu restaurirten und neu eröffneten Hauptgasthof am Markte gezogen, dem Rathhause und Ante gerade gegenüber.

„Hat er denn hier bezahlt?“ fragte Herr Obenaus jogleich.

„Noch nicht; wir waren sehr beschäftigt, und er hatte Eile; aber er hat auch noch seine Sachen da, da ist doch wohl keine Gefahr!“

„Nun Gefahr hätte es unter Umständen haben können, wenn nicht, hm, hm. Nun diesmal jedenfalls stehe ich gut, hm, hm, aber seien Sie vorichtig in solchen Sachen!“

Herr Obenaus schmunzelte, als er weiter nach dem Markte ging; vielleicht, vielleicht war die Zulage von 15 Groschen monatlich nicht einmal nöthig.

„Über was war das?“

„Unerhört!“

Breit über dem Thorwege war die Firma des neu eröffneten Gasthofes, breiter noch stand in frischer, glänzender goldener Schrift auf grünem Grunde auf einer Miesenfirma über der ersten Etage die Aufschrift:

Filialexpediton des Landwirthschaftlichen
Commissions- und Agenturbureaus
von

F. Löwenberg & Cie. in F. . . .

Und neben dieser Hauptfirma hingen rechts und links zwei Tafeln herunter, welche die verschiedenen Geschäftszweige der Agentur einzeln aufzählten.

Herrn Obenaus erstarre fast das Herz im Leibe, als er diese gefasste und gefürchtete Firma so aufdringlich sich seinen Blicken darbieten sah. Sollte etwa gar diese Firma auch Friedrich Sonntag an sich gelockt haben?

Er kämpfte lange, lange Zeit mit sich, während er wie ein gereizter Löwe und mit heftigen Gestikulationen, welche alle Passanten und bald auch die Straßenjugend auf ihn aufmerksam machten, auf- und niederschritt, wobei die Aus-sichten für Friedrich Sonntag mehr und mehr stiegen. Was konnte ihm jener unbegüterte Agent geben? Vielleicht die vollen 20, vielleicht gar 25 Thaler. O, Herrn Obenaus kam es bei großen Gelegenheiten auf ein paar Thaler mehr oder minder nicht an.

In diesen Gedanken eilte er nach dem Bureau hinauf.

(Fortsetzung folgt.)

anderen Animositäten gegen Mitglieder der Organisation, einen seiner Angestellten aus dem Grunde ohne Weiteres entlassen, weil er im Geschäft Eintrittskarten zu dem letzten von den Gewerkschaften arrangierten Vortrage seinen Kollegen zum Kauf angeboten, was dann sieben weitere Gehilfen, welche sich mit Entzern solidarisch erklärten, veranlasste, ebenfalls das Geschäft zu verlassen. Ferner hatte er ein Paket, welches eine Anzahl Exemplare der „Brauerzeitung“, des Gewerkschaftsorgans, enthielt und ihm zufällig in die Hände gerieth, in seinem Ingrimme ohne Weiteres dem Flammentod überantwortet, indem er es unter dem Kessel verbrannte. So wurde also beschloffen, zunächst einmal gegen diese Brauerei aktiv vorzugehen. In der am 13. d. M. stattgehabten öffentlichen Arbeiterversammlung wurde dementsprechend von dem Vertreter der Gewerkschaftskommission nach kurzer Darlegung des Sachverhalts eine dahingehende Beschlusfassung bei den Anwesenden in Anregung gebracht. Die Folge davon war, daß die Versammlung fast einstimmig zu dem Beschlusse gelangte, vom nächsten Tag ab den Boykott über das Dinkelader'sche Bier im weitesten Umfange zu verhängen, während man es der Kommission anheimgab, soweit es sich notwendig machen sollte, auch gegen weitere Brauereien Stuttgarts und Umgebung ähnliche Maßnahmen in Vorschlag zu bringen. Die nunmehr folgenden Ereignisse dürften allgemeiner bekannt sein. Es muß dabei der Gewerkschaftskommission das Lob gespendet werden, daß sie es verstanden hat, diesen Bierboykott in durchaus zweckentsprechender und wirkungsvollster Weise zu inszenieren, indem sie ihre Vorbereitungen mit großem taktischem Geschick derart getroffen hatte, daß sie sofort bei Verhängung des Boykotts in der Lage war, denselben nicht bloß allein zu dekretieren, sondern auch zugleich die sämtlichen in Frage kommenden Wirtschaftslokalitäten und Geschäfte, wo das betreffende Bier verzapft wurde, namhaft zu machen. Ähnliche Vorbereitungen waren bereits auch bezüglich der übrigen Brauereien getroffen. Diese einschneidende Maßregel sollte denn auch in Bälde die gewünschte Wirkung thun. Wie bekannt, konnte der Boykott schon am übernächsten Tage wieder aufgehoben werden, da sich Herr Dinkelader nunmehr bereit fand, in vollem Umfang auf jene Forderung einzugehen und diese Abmachung zu unterzeichnen. Ebenso wollten sich nunmehr auch die übrigen Brauereibesitzer eher zu Unterhandlungen herbeilassen, und zwar hauptsächlich auf Betreiben derjenigen ihrer Kollegen, denen die Verhängung des Boykotts in nächster Aussicht stand. Nach wurden behufs Einleitung der Friedenspräliminarien die nötigen Unterhandlungen gepflogen, so daß bereits am 18. November eine Zusammenkunft der beiderseitigen Parteien behufs gegenseitiger Verständigung stattfinden konnte.

Um die gegenwärtige Brauerbewegung zu für Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber bestmöglichem Abschluß zu bringen, hat am 18. November ein Zusammenritt beider Theile stattgefunden, um die von den Brauergehilfen gestellten Forderungen zu diskutieren und womöglich ein friedliches Uebereinkommen zu treffen. Es waren seitens des Verbandes der Brauereien Stuttgarts und Umgebung fünf Bevollmächtigte in Person der Herren Duktoren Kettenmeyer, Körner und Gäß, sowie der Brauereibesitzer Wohlgenuth und Leicht entsendet worden, während von der Gegenseite sieben Mitglieder der Gewerkschaftskommission, Köhler, Schuler, Kraft, Strittmatter, Frik, Knie und Burmeister, sowie als Vertreter der Braugehilfen Reule, Janser, Berger und Spörri erschienen waren. Unter dem Vorsitz des Herrn Kettenmeyer wurden nunmehr die schon früher erwähnten Forderungen und Wünsche der Braugehilfen gegenständlicher gründlicher Aussprache zu folgenden Festsetzungen gelangte (mit Einführung vom 1. Januar 1893 ab): Die Arbeitszeit wird auf 10 Stunden netto festgesetzt, die Sonntagarbeit ohne Vergütung auf drei Stunden beschränkt, während für alle sonstige Ueberzeitarbeit an Werktagen 25 Prozent, an Sonntagen 50 Prozent Vohuzuschlag gewährt werden. Zusicherung anständiger Behandlung seitens der Vorgesetzten. Entnahme der Kost vollständig freigestellt. Vollständig freies Koalitionsrecht wird zugestanden; die auf 1. Dezember stattgefundenen Kündigungen resp. Entlassungen werden zurückgenommen. -- Diese Abmachung soll zunächst bis Ende nächsten Jahres für beide Theile Gültigkeit haben, um alsdann entweder erneuert oder nach gegenseitiger Aussprache einer Revision unterworfen zu werden. Diese Abmachungen haben nunmehr die Inhaber resp. Vertreter von 16 Brauereien in Stuttgart und Umgebung unterschrieben anerkannt. -- Damit ist also der Frieden wieder hergestellt. -- Das Ganze aber liefert wiederum einen glänzenden Beweis dafür, was die Arbeiterschaft im Interesse der Solidarität vermag, sobald sie einmütig und energisch dieses Interesse zu wahren sucht.

Die Kollegen aber mögen bestrebt sein, sich das Erreungene zu erhalten, mögen sie sich einmütig der Organisation anschließen, mögen treu und fest zueinander halten, sie müssen jetzt die Ueberzeugung gewonnen haben, daß ihr Platz nur in den Reihen der übrigen Arbeiter ist und daß nur in einem Zusammengehen mit denselben eine Verbesserung der Verhältnisse in den Brauereien möglich ist. Darum möge ein jeder der Kollegen sich ein Beispiel an den übrigen Arbeitern nehmen, welche so solidarisch für sie eingetreten sind. Haltet zur Organisation! Seid einig und seid stark!

Die Maßregelungen in Fürth.

Eine der interessantesten Versammlungen, die wir jemals mitgemacht haben, war unstreitig die am Donnerstag, den 24. November, im „grünen Baum“ tagende, mit der Tagesordnung: die Differenzen in der Brauerei Evora. Raier. Der Saal und Gallerien waren so besetzt, daß ein Apfel hätte zu Boden fallen können. Auf den Tischen und Bänken stand Mann an Mann, und verschiedene

Hunderte mußten wieder umkehren, da für sie kein Platz mehr war. Herr Evora, sein Braumeister und wer sonst noch etwas in der Brauerei ist, waren anwesend. Der Vorsitzende, Genosse Jörn, ertheilte als Referenten das Wort dem Genossen Sepiz. Sepiz verwarnte sich Eingangs seiner Rede, daß die Versammlung zu politischen Zwecken ausgeschlachtet werden solle. Heute kämpfe nicht die Sozialdemokratie gegen die Volkspartei (Evora gehört sich bekanntlich den Anschein, als ob er auch zur Volkspartei gehörte), sondern die Arbeiter gegen den Unternehmer, der Ausgebeutete gegen den Ausbeuter und ging dann auf die Ursachen, durch welche die Differenzen entstanden seien, über. (Wir sind gezwungen, etwas näher auf diese Differenzen einzugehen). Wie die Kollegen bereits wissen, wurden in der Brauerei Evora die beiden Kollegen Sch. und K. entlassen. Wir theilten bereits in der letzten Nummer die Einzelheiten unter Nürnberg mit und nehmen antäufend daran ansetzen Bericht wieder auf. Herr Evora bedeutete bekanntlich der Kommission der Gewerkschaften, daß sich die Leute Unregelmäßigkeiten hatten zu Schulden kommen lassen, und deshalb vom Braumeister entlassen worden seien. Die Kommission mußte deshalb unverrichteter Sache abziehen. Es wurde nun für Mittwoch Abend abermals eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände einberufen, zu welcher Herr Evora eingeladen war. Evora erschien in dieser Sitzung nicht und wurde deshalb benachrichtigt, an Herrn Evora die Aufforderung zu richten, entweder die beiden Kollegen wieder in Arbeit zu nehmen oder denselben ihren Lohn so lange zu zahlen, bis sie anderwärts Arbeit erhalten würden. Evora sollte sich innerhalb dreier Tage erklären. Jetzt erst scheint Herrn Evora ein Licht aufgegangen zu sein, daß die Gesichte erker wird. Denn es wurden die Kollegen auf das Komptoir beschieden und hier sollte festgestellt werden, daß die entlassenen Kollegen leichtfertiger, ja sogar böswilliger Weise hätten Bier laufen lassen, um das Geschäft zu schädigen. Und mit der an Herrn Evora gehaltenen Rede lancirte er dieses auch in die bürgerliche Presse, und wie die hungrigen Wölfe fiel dieselbe darüber her. Hauptsächlich auch der „Nürnberger Ehren-Kurier“, der sonst gerade nicht gewohnt ist, Evora mit Glacehandschuhen anzufassen, blies in diesem Falle ganz in dasselbe Horn, wie der „Nürnberger Anzeiger“, das Leiborgan des Herrn Evora. Es wurde in allen möglichen Tonarten über die Annahme der Arbeiter und die Leiter derselben, oder noch besser der Sozialdemokratie geschimpft, da die Entlassungen rein disziplinärer Natur seien, und in diesem Falle niemand ein Recht habe, Herrn Evora oder überhaupt einem Unternehmer Vorschriften zu machen. Die Herrn Evora gewährte Frist lief am Sonntag, den 20. November, ab. Am Sonntag zuvor entließ er abermals drei Arbeiter, und zwar wie Herr Evora in seinem Briefe ausführte, zur ausgleichenden Gerechtigkeit. Wenn die Gewerkschaftsvorstände noch im Zweifel gewesen wären, was Geisteskind dieser Volksmann, Herr Evora, ist, dieser Brief allein wäre im Stande gewesen, sie von diesen Zweifeln zu befreien. In diesem Briefe stellte Herr Evora alle Thatsachen so auf den Kopf und stellte Behauptungen und Drohungen auf, daß man nicht weiß, soll man sich über dessen bekante — Kühnheit, die alles fertig bringt, oder über dessen, alles in den Schatten stellende — Wahrheitsliebe am meisten wundern. Es wurde nun an diesem Sonntag, nachdem sogar die Leute, welche bei Herrn Evora noch im Geschäft sind, dessen Behauptungen widerlegt, beschloffen, für Donnerstag die Eingang erwählte Volksversammlung einzuberufen, um derselben das gesammelte Material zur Entscheidung vorzulegen. Tags zuvor wurde in der uns so wohlgefinnten Presse noch ein Schredschuß abgegeben. Es wurde nämlich die Behauptung aufgestellt, daß sich der Brauering von Nürnberg, Fürth und Umgegend mit Herrn E. solidarisch erkläre und wean gegen denselben weitere Schritte unternommen, sämtliche organisierten Brauer entlassen würden. (Hamburger Erklärung.) In dieser Volks-Versammlung erschien, wie bereits erwähnt, Herr E. in höchst eigener Person und stellte der Versammlung seinen Braumeister Haas, welchen er als Zeuge mitgebracht hatte, vor. Nachdem Genosse Sepiz den Sachverhalt ungefähr so, wie wir ihn wiedergeben, geschildert hatte, meldete sich Herr Evora zum Wort, um mit seinem gesammelten Material, welches er, wie er in seinem Briefe drohte, der Staatsanwaltschaft zur Befragung der Schuldigen übergeben wollte, vor die Öffentlichkeit zu treten. Was Herr Evora hier berichtete vor einer öffentlichen großen Volksversammlung, ist geradezu unerhört. Und hätten die Genossen Jörn, Sepiz und die Versammlung nicht wiederholt zur Ruhe ermahnt, wer weiß, wie Herr E. hinausgekommen wäre; denn die Erbitterung gegen ihn war eine sehr große und jedenfalls nicht ungerichte. So stellte er z. B. die Behauptung auf, der Kollege St. hätte ein halb volles Faß Bier in den Keller geworfen und weglaufen lassen. Sein Braumeister mußte, als sich St. energisch gegen diesen Vorwurf verwahrte, zugeben, daß St. nicht wissen konnte, daß noch Bier im Faße sei, und als Herr E. den Irrthum merkte, das Faß wieder aufhob und umleerte. Der Kollege E. sollte nach der Aussage des Herrn E. im Komptoir gesagt haben, daß im Keller Bier weggelaufen sei und dort eine große Schlamperei herrsche. Kollege Eggers meldete sich zum Wort und erklärte, daß im Keller allerdings eine große Schlamperei herrsche, wofür aber nicht die gemäßigten Kollegen verantwortlich gemacht werden könnten, sondern die Einrichtung bei dem Refektorium sei eine so mangelhafte, daß es gar nicht anders möglich ist, es müsse Bier nebenhin gehen. Dieses Refektorium wird nämlich bei Herr E. auf eine sehr originelle Weise gehandhabt und zeigt uns so recht, welche erfinderischen und praktischen Köpfe der Brauer- und Kellermeister des Herrn Evora sein müssen. Ueberhaupt brach sich in dieser Versammlung die Ueberzeugung Bahn, daß in der Brauerei Evora u. Mayer wirklich eine großartige Schlamperei und Mißwirtschaft herrschen

muß, daß aber für dieselbe in erster Linie der Braumeister und sein Diebling, der Kellermeister, der einen klassischen Namen, den wir hier nicht anführen können, führt, verantwortlich und die entlassenen Kollegen ganz unschuldig daran seien; das Refektorium nun wird dadurch ausgedeutet, daß einfach der Spund herausgeschlagen wird, und nun hat Kollege E. der Versammlung ganz deutlich klar gemacht, daß bei dieser Gelegenheit immer zweimal so viel über die Gießkanne hinweg, als in dieselbe laufen muß, da das Faß keine Luft hat und das Bier nur rückwärts herauslaufen kann. Und gerade auf dieses Bierumleeren haben die Herren ihre Hauptanlage gegründet. Was Herr Evora sonst zu seiner Verteidigung vorbrachte, ist so viel zutraut, man dies ihm doch nicht zugetraut hätte. So warf er und mußte sich von diesem eine gehörige Zurechtweisung gefallen lassen. Der Kollege Raib sollte gar den Herrn Evora einmal nicht gegrüßt haben, was zu den Gründen seiner Entlassung gezählt wurde. Nun scheint aber Herr Evora vergessen zu haben, daß ein Mensch, der von Morgens 4 Uhr bis Abends 8 Uhr im Keller arbeitet, keine Hochschulen-Studien machen kann, und daß ihm auch fast keine Gelegenheit geboten ist, sich in einem Kreis seiner Damen zu bewegen und gerade diese sollen ein vorzügliches Bildungsmittel für feinere Herren sein; denn letztere sind in der Gesellschaft des zarten Geschlechts meistens viel zärtlicher und liebenswürdiger, als anderen Menschen, hauptsächlich den Arbeitern gegenüber. Daß es einem Braugehilfen seine Zeit und seine Mittel nicht erlauben, sich auf diese Weise Bildung zu verschaffen, könnte Herr Evora wissen, und wenn er einmal von einem solchen nicht gegrüßt wird, wird dieser auf andere Weise wieder desto tüchtiger sein, was ihn für den verloren gegangenen Gruß entschädigen wird. Diese Beispiele dürften genügen, den Kollegen zu zeigen, welcher Verteidigungsmittel sich dieser Volks- und Arbeiterfreund seinen Arbeitern gegenüber bedient hat. Die Maske ist ihm bei dieser Gelegenheit heruntergerissen und sein Thun verurtheilt worden. Es wurde nun zur Berathung der Mittel übergegangen, die anzuwenden sind, um den Gemäßigten, unter welchen sich vier verheirathete Kollegen, die für Frau und Kinder zu sorgen haben, befinden, zu ihrem Rechte zu verhelfen. Es wurde vom Genossen Sepiz ein Schieds-Gericht, eine nochmalige Kommission oder Boykott vorgeschlagen. Die meisten waren wohl für sofortige Boykottirung gewesen, doch wurde von verschiedenen Rednern eine nochmalige Kommission beauftragt und soll, wenn die Verhandlungen zu keinem zufrieden Resultat führen, von dieser Kommission der Boykott über das Bier der Brauerei Evora u. Mayer verhängt und mit aller Energie durchgeführt werden. Daß Evora eine ganz außergewöhnliche Portion, wir wollen nur sagen, Kühnheit, besitzt, hat er auch hier bewiesen. Als er gefragt wurde, ob er gesonnen sei, mit dieser Kommission in Unterhandlung zu treten, stellte er das Verlangen, vor die nach dem Nürnberger Brauerstreit gewählte Kommission gestellt zu werden. Daß Herr Evora hier leichtes Spiel gehabt hätte, der allein Gerechte zu sein, dafür bürgt uns schon der Name „Freiherr v. Zucker“. Aber man denke sich ein solches Verlangen von einem 1000 Personen besucht, er möchte sich vor der Kommission, die einzig und allein dazu gewählt wurde, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu unterbreiten, verantworten. Die richtige Antwort ist ihm zu Theil geworden und er hat schließlich eingewilligt, mit der zu wählenden Kommission zu unterhandeln. Dieselbe besteht nun aus 3 Arbeitgebern, 3 Arbeitnehmern und 2 Sachverständigen. Als solche wurden die Kollegen Schuh und Schmidt-Nürnberg gewählt. Aber gerade so kühn wie der Volksmann Herr E. ist auch sein Leiborgan, der „Nürnberger Anzeiger“. Wer in diesem Blatte den Bericht über diese Versammlung liest, traut seinen Augen kaum. Es kann hier nur eine Möglichkeit vorliegen, Herr Evora hat den Bericht selbst geschrieben, denn von einem Berichterstatter, und wenn er auch parteiisch wäre, kann man doch nun und nimmer annehmen, daß er der Wahrheit so ins Gesicht schlägt. In diesem Bericht steht zu lesen, Herr Evora widerlegte sachlich. Als ob Herr E. im Stande gewesen wäre, von allen Vorwürfen auch nur ein Wort zu widerlegen! Der Anzeiger hebt auch sein Verdienst um den Nürnberger Brauerstreit hervor. Wie gut wäre es für die Nürnberger Kollegen gewesen, wenn sie sich nicht durch diesen Herrn E. hätten verlaufen lassen. Ferner scheint der Berichterstatter des „Nürnberger Anzeiger“ nichts von dem langanhaltenden Pfui und sonstigen Ausdrücken der Entrüstung gehört haben, als der Brief, in welchem mit dem Staatsanwalt gedroht, verlesen wurde. Auch scheint er nichts von jener sich mehrenden Erbitterung und jenem Gelächter bemerkt zu haben, als sich Herr E. mit den nichtsagendsten Gründen vertheidigte. Und was wurde darauf dem Herrn E. geantwortet und wie wurde demselben heimgeleuchtet! Darüber schweigt natürlich die Höflichkeit des „Nürnberger Anzeiger“. Uns scheint es nicht, als ob es demselben um Recht und Wahrheit zu thun sei, sondern um das Geschäft. Nun, sie sind einander werth, Herr Evora und der „Nürnberger Anzeiger“.

Die Verhandlung der gewählten Kommission fand am Sonntag, den 27. November, Vormittags 10 Uhr, statt und dauerte 10 Minuten. Herr Evora ließ sich auf nichts ein, er zeigte sich ziemlich prozig und verwies auf den Brauering.

Herr E. will den Kampf, nun, wir werden ihn aufnehmen und zwar mit aller Kraft.

Korrespondenzen.

Hannover. Von dem Brauereiarbeiter-Verband der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika sind uns noch 120,57 M. zur Unterstützung der Ausgesperrten übersandt worden.

Es ist uns also die Summe von 3220,57 M. übermittelt worden. Wir sagen hiermit unsern Brüdern in Amerika für die uns in so reichem Maße erwiesene Solidarität unsern herzlichsten Dank.

J. A.: R. Wiehle.

Aus Mainz wird uns Folgendes zur Veröffentlichung gesandt:

Wie weit das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in München als solches vorherrschend ist, zeigt folgender Fall: In der Pilsenerbrauerei wurde am 21. September d. J. der Brauer J. B., nachdem er 10 Jahre in genannter Brauerei zur vollen Zufriedenheit, wie ihm bestätigt wurde, in Arbeit gestanden, plötzlich entlassen. Als B. nun den Herrn Braumeister um den Grund fragte und hinzufügte, daß er sich doch nichts in geschäftlicher Beziehung habe zu Schulden kommen lassen, erklärte ihm der Braumeister Drechsler, daß er jederzeit mit der Arbeit zufrieden gewesen wäre, er aber nur der fortgesetzten Denunziation Kimmers (welcher den Posten als Malzpufer inne hat und wohl kaum einen anderen Posten versehen kann) hätte nachgeben müssen. Dem Kollegen B. ist von der Leitung der Brauerei selbst bekannt, daß während seiner Thätigkeit anonyme Briefe eingegangen sind, Herr Pilsner jr. ihm aber versichert hat, daß er für solche Zuschriften nichts weiter hätte als den Papierkorb und ihn beauftragte, beim Braumeister nochmals vorstellig zu werden, allein es half nichts mehr, B. wurde nach 10 jähriger Thätigkeit, infolge der Schultigkeit eines Denunzianten, auf die Straße gesetzt, um lange Zeit mit seiner Familie am Hungertuche zu nagen. Bemerkenswert ist es, daß der Nachfolger des Herrn Gastwirth Graf schon eher 2 Leute angeboten, ehe B. entlassen wurde. Was würde der Herr Braumeister sagen, wenn er durch solche mit keinem Namen zu bezeichnende Handlungsweise auf die Straße gesetzt würde, aber daran wird nicht gedacht, was kümmern sich auch solche Leute um einen Arbeiter, der seine Knochen in ihrem Dienste geopfert, ihr Vieh ist ihnen ja bedeutend mehr werth, trotz der geringen Nächstenliebe. Aber das eine Gute hat es doch, daß durch solches Vorgehen ein anderer Geist in den Menschen einzieht und man von dem Wahn kurirt wird, an welchen wir noch immer glauben sollen. Aber Euch, Kollegen, rufe ich aus der Ferne zu, organisiert Euch, tretet ein in die Reihen derer, welche kämpfen für ein besseres Loos, welche die Arbeit frei machen wollen von einem solchen Joche. Ermannt Euch, wir in der Ferne wollen Euch unterstützen, wir mußten den Staub unserer Heimath ausschütteln, aber deshalb denken wir in wehmüthiger Stimmung an Euch, die Ihr so gedrückt seid und es schlechter habt, als alle anderen Arbeiter. Gebt den Bittern Eurer Landeskente anßerhalb Bayerns nach, haltet fest zusammen und bildet ein Glied in der großen Kette der Arbeiterbewegung. J. B.

Dem oben angeführten Schreiben noch etwas hinzuzusetzen, hiesse den Eindruck verwischen, welchen dasselbe auf jeden ehrlich denkenden Menschen machen muß.

W.

Braunschweig. Wieder ein Stein aus meinem Garten, so mag wohl Herr Braumeister Meinig, der

frühere Vorstand des Brauereiverbands Braunschweig und treuer Anhänger der Pennendorfschen Harmoniegesellschaft, gedacht haben, als er unseren bisherigen Vorstand, Kollegen Richter, endlich soweit gebracht, daß er nur noch die Wahl hatte, entweder zum Spott einzelner Kollegen in der Brauerei herumzulaufen oder dieselbe zu verlassen. Er zog aber als charaktervoller Mann, wie er sich bis dato stets gezeigt, das Letztere vor. Hier zeigte sich wieder einmal das gute Einvernehmen und die Kollegialität, welche der Herr Braumeister uns früher so oft vortradete, was wir von jener Seite zu erwarten haben. Ein Kollege, welcher bereits 4 Jahre in einer Brauerei thätig war, schon verschiedene Vertrauenposten bekleidete, sich überhaupt in geschäftlicher Beziehung nicht das Geringste zu Schulden kommen ließ, und auf einmal soll er wieder als Letzter anfangen, das ist zu viel des Guten; war denn das wirklich ein so schlimmes Vergehen, daß er nun Vorstand des sozialdemokratischen Brauereiverbands war, wie ihn Herr Braumeister Meinig doch so gerne bezeichnete, nun, so möchten wir doch Herrn Braumeister Meinig in das Gedächtniß rufen, daß er Ehrenmitglied dieses sozialdemokratischen Brauereiverbands ist und derselbe sich wohl nächstens mit der Frage beschäftigen wird, ob die Handlungen des Herrn Braumeisters mit der Ehrenmitgliedschaft in Einklang zu bringen sind; wir erinnern ihn an das schöne Sprichwort, welches schon so viele Braumeister bitter erfahren mußten: „Der Krug geht so lange zum Wasser, bis er bricht.“ Unserem Kollegen Richter aber wünschen wir ein ferneres Wohlergehen und rufen ihm ein herzlichliches Lebewohl nach mit der Hoffnung, daß er sich wegen dieser reaktionären Handlungsweise, die ihm von Seiten des Herrn Braumeisters Meinig, sowie vom Herrn Gährführer Küfer zu Theil wurde, nicht abschrecken läßt und stets ein treues Mitglied unseres Verbandes und eifriger Kämpfer unserer gerechten Sache sein und bleiben wird. Dies im Namen der Verbandsmitglieder des Zweigvereins Braunschweig. M.

Bekanntmachungen.

Es werden hiermit alle Mitglieder zur Beachtung des § 3 des Statuts ersucht.

Es heißt daselbst:

„Der Ortswechsel ist binnen 14 Tagen dem Zweigvereinsvorsitzenden anzuzeigen. Mitglieder, welche sich in einem Orte aufhalten, in dem sich kein Zweigverein befindet, haben die An- und Abmeldung beim Vorsitzenden des nächsten Zweigvereins oder aber beim Verbandsvorstand auszuführen.“

Es ist unbedingt notwendig, daß Jeder der An- und Abmeldung nachkommt, damit eine Kontrolle der Mitgliederlisten vorhanden ist.

Der Verbandsvorstand
R. Wiehle.

Die Abonnenten unserer Zeitung werden höflichst um Einsendung des Abonnementsbetrages ersucht, widrigenfalls die weitere Zusendung unterbleibt.

Die Expedition
des Centralorgans deutscher Brauer.

Quittung.

Bei der Hauptkasse sind im November folgende Gelder eingegangen

1. Nov. S., Dormagen	11 M. 60 Pf.
2. „ L., Müngersdorf, Köln	4 „ 80 „
2. „ W., Halberstadt	3 „ 60 „
Summa	20 M. — Pf.

3. „ Th., Bismar	2 „ 80 „
4. „ P., Wittenberge	1 „ 60 „
4. „ S., Unna	1 „ 80 „
5. „ D. D., Reichshofen	24 „ 64 „
6. „ Sch., Büdorf b. Köln	1 „ 60 „
6. „ W., Paine	9 „ 60 „
6. „ D., Dsnabrid	6 „ 40 „
7. „ S., Schwerin	2 „ 90 „
8. „ B., Worm	3 „ 50 „
8. „ K., Greven i. W.	22 „ 80 „
9. „ G., Zeitz	3 „ 50 „
9. „ M., Hildesheim	9 „ 20 „
10. „ B., Magdeburg	17 „ 60 „
10. „ R., Braunschweig	12 „ 00 „
11. „ W., Mannheim	17 „ 50 „
11. „ W., Dortmund	38 „ 40 „
14. „ G., Braunschweig	10 „ 00 „
17. „ Hilpert, Berlin	300 „ 00 „
L., Leipzig	79 „ 65 „
H., Mühlheim a. Rh.	— „ 80 „
H., Köln a. Rh.	1 „ 60 „
H., Rotenburg a. Fulda	4 „ 40 „
H., Mannheim	114 „ — „
G., Schwerin a. Warthe	2 „ 80 „
R., Breslau	3 „ 40 „
R., Küpper	3 „ — „
W., Mainz	67 „ 80 „
Mihus, Kiel	18 „ — „
G., Braunschweig	41 „ 60 „
M., Altenburg	12 „ — „
M., Niedermendig	8 „ 40 „
H., Hanau	29 „ 30 „
D., Laucha	4 „ 40 „
S., Halle a. S.	3 „ — „

899 M. 99 Pf.

Für stenogr. Berichte G., Lind. Alt.-Br. Hannover M. 5,70.

Für den Generalfonds L., Leipzig „ 2,70.

Von den Gauvereinen empfohlene

Brauerverkehr:

Braunschweig: Gasthaus „Bayrischer Hof“, Ch. Everling, Delschlager 40.
Dessau: Gasthaus zur Stadt Braunschweig, C. Schmidt, Leipzigerstraße 24 b.
Dortmund: J. Kriebel, Hauptbrauerverkehr, Stubengasse.
Dortmund: H. Steinbach, Kampstraße 1.
Frankfurt a. M.: Gasthaus zur Krone, H. Wittich, Papageistr. 2.
Fürth: Brauerverkehr, Gasthaus zum schwarzen Kreuz, Mittlere Königstraße.
Hanau: Stadt Frankfurt.
Hannover: Gasthaus zum neuen Kleeblatt, Knochenhauerstraße 5. (Inhaber: L. Latte).
Hamburg: Paul Meyer, Niedernstraße 96, in der Nähe sämtlicher Bahnhöfe.
Hamburg: Vom Gauverein Hamburg wird der Brauer-Verkehr, Harmonia-Gesellschaftshaus, Hohe Bleichen 30, dem Kollegen bestens empfohlen.
Kiel: Gasthaus Franzen, Steinberg.
Leipzig: Hermann Gura, Windmühlenstraße 40.
Mannheim-Endwischhafen: Gasthaus zum halben Mond, Jakob Theilader.
München: Hauptverkehr der Brauer Münchens im Gasthaus zur „Arche Noah“ von Joseph Held, Knäbelstraße 6.
Mühlheim a. Rh.: Brauer- und Küferverkehr von Heinr. Müller.
Nürnberg: Brauer-Verkehr des Nürnberger Brauer-Vereins Weißer Elefant, Jakobstraße.

Inserate.

Anfrage.

Wo befindet sich der Kollege **Franz Schwarz**, geb. am 5. März 1873 zu Braunschweig? Uns Angabe der Adresse werden alle Kollegen höflichst ersucht.
 M. Lange, Hannover, Städt. Brauerei.

Geschäfts-Empfehlung.

Meinen werthen Kollegen erlaube ich mir hiermit die Anzeige zu machen, daß ich am hiesigen Plage eine

Speise-Wirthschaft

errichtet habe. Um geneigten Zuspruch Eitend, zeichnet mit kollegialischem Grusse

A. Donaubaue
 Hamburg,
 Schlachterstraße Nr. 32.

Bienenhonig!

Naturrein! 1892er Ernte!
 9 Pfund netto, postfrei:
 Schlenkerhonig, hell, hart . . . 4,50 M.
 Blumenhonig, extrafein . . . 4,75 „
 Kelch-Lafelhonig . . . 5 „
 Heller Wabenhonig . . . 5 „

R. H. Nürnberg,
Buczacz, Oesterreich.

Todes-Anzeige.

Am Donnerstag, den 24. November, starb unser ältestes Mitglied des Zweigvereins Hannover, der Brauer

Adolf Brockhaus

im Alter von 59 Jahren. Derselbe war trotz seines Alters ein treues und thätiges Mitglied. Der Verstorbene wurde am Sonntag, den 27. Novbr., unter zahlreicher Theilnahme zur letzten Ruhe bestattet.

Wir rufen ihm ein „Ruhe in Frieden“ nach.

Der Centralverband deutscher Brauer

Zweigverein Hannover.

J. A.: C. Müller.

Fordere alle diejenigen Kollegen, die noch Verpflichtungen gegen mich haben, auf, denselben so bald wie möglich nachzukommen, andernfalls ich dieselben in Brauerzeitungen veröffentlichen werde.

Leipzig.

Central-Brauer-Verkehr,
 L. Werner, Müngasse 6.

Georg Gehrig,

Frankfurt a. M. - Sachsenhausen,
 Wallstraße Nr. 10,

liefert in sämtliche Brauereien des In- und Auslandes, wie bekannt, nur die besten **Schafwoll-Gandstrick-Soden**, sowie die berühmten daverhaften **Unterhosen, Schweißjacken, Normal-Unterleider, prima gestricke Jagdwespen, Arbeits- und Oberhemden, Kragen und Manschetten** etc.

Selbstanfertigen von Arbeitskleidern aus wasserdichtem Segeltuch.

Bei größeren Aufträgen Extra-Rabatt.

Leipzig.

Sonntag, den 4. Dezember 1892, Nachmittags 2 Uhr, im Saale der Volkshallen, Kreuzstr. 14:

Öffentliche Versammlung

des Fachvereins der Braugehilfen von Leipzig und Umg.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder und Entgegennahme der Monatsbeiträge.
2. Zweck u. Nutzen eines geregelter Arbeitnachweises. Ref. Kol. Hilpert-Berlin.
3. Diskussion.
4. Vorkommnisse in einer hiesigen Brauerei.

Der Vorstand.

Wurst-Versand

in Postfischen per Nachnahme oder gegen vorherige Einleitung des Betrages 2 1/2 %.

Gerelatowurst 1/2 Kilo	1,20 M.
Salamiwurst 1/2 „	1,20 „
Schladwurst 1/2 „	—,90 „
Rothe Wurst 1/2 „	—,80 „
Leberwurst 1/2 „	—,80 „
Silge 1/2 „	—,60 „

Unter geleiteter Fleisch- und Frischfleischfabrik.
F. W. Eindner
 Eisenberg i. Thüringen, Geracstraße.

Joh. Dohm, Kiel,

Winterdeckerstraße Nr. 12.
 Empfehle mich den Herren Bräuern bei vorkommendem Bedarf an **Mainzer Wäsche** und Galanteriewaaren.

Herren-Garderobe

jeder Art fertigt sauber und preiswerth unter Garantie des guten Eigens an
Oskar Lange,
 Kleidermacher,
 Hannover, Gaihölzerstraße 56, I.

Eiszellen

liefert in gebiegender Arbeit billigt
F. A. Neuman,
 Hagen.